

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
DER HUMANISTISCHEN UNION
BERLIN-BRANDENBURG**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren

Experten sind sich einig, dass es in den nächsten Jahren weitere globale Pandemien geben wird. Deshalb muss Berlin sich auf weitere pandemische Lagen vorbereiten.

Was sind aus Ihrer Sicht die fünf dringlichsten Maßnahmen, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein?

a) auf lokaler Ebene (in Berlin)

b) auf nationaler Ebene

c) auf europäischer und internationaler Ebene

Antwort:

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass wir im Ernstfall schnell und gezielt reagieren müssen. Die CDU Berlin fordert deshalb einen Pandemieplan für Berlin, der auch für alle Berlinerinnen und Berliner öffentlich zugänglich sein soll. Ziel muss es sein auf dieser Basis im Ernstfall schneller und gezielter reagieren zu können. Besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Planung von verschiedenen Szenarien. Außerdem müssen medizinische Einrichtungen über schnelle und sichere Informationskanäle verfügen, um zeitnah an krisenrelevante Informationen und Weisungen einschlägiger Institutionen zu gelangen und reagieren zu können.

Für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen sowie für Hochrisikogruppen fordern wir die Vorhaltung einer Not-Reserve für persönliche Schutzausrüstung der entsprechenden Klassen - unabhängig von europäischen - sowie Bundesüberlegungen. Darüber hinaus unterstützen wir die Sicherstellung von nachhaltigen Lieferketten für notwendige Versorgungsgüter mehr als die Vorratshaltung großer Lagermengen, die über die Jahre aktuell gehalten werden müssen.

Die Corona Pandemie hat uns auch gezeigt, wie wichtig und unverzichtbar die Arbeit der Gesundheitsämter ist. Die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel begrüßen wir ausdrücklich und wollen diese gezielt für die Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur in den Öffentlichen Gesundheitsämtern einsetzen.

Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt

Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für die Durchsetzung von Regeln und die Bekämpfung von Verbrechen wichtig. Oft wird Verbrechensbekämpfung als eine rein polizeiliche Aufgabe gesehen. Dabei wies Franz von Liszt (1851-1919) schon vor über hundert Jahren auf einen anderen Zusammenhang hin: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“

Ausgehend von einem so umfassenden Blick auf Kriminalität, Prävention und die Verhinderung von Verbrechen möchten wir von Ihnen wissen, was aus ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität sind.

Antwort:

Für die CDU ist Sicherheit die Voraussetzung für Freiheit. Wir setzen auf einen starken Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützt. Wir wollen, dass die Menschen in unserer Stadt sicher leben können und sich auch sicher fühlen – ob zu Hause in der eigenen Wohnung, unterwegs auf Straßen und Plätzen, auf Veranstaltungen oder beim Feiern, in Bussen und Bahnen, bei Tag und Nacht.

Berlin ist eine vielfältige Stadt, die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichem Lebensstil eine Heimat bietet. Gelebte Vielfalt muss immer auf sicheren Fundamenten ruhen. Wir begreifen Sicherheit zugleich als eine der wichtigsten sozialen Leistungen des Staates. Denn unter ihrem Abbau leiden immer zuerst die sogenannten kleinen Leute, die oft in Kiezen wohnen, die von Alltagskriminalität, Gewalt und verrohten Sitten besonders betroffen sind. Lebens- und Rechtssicherheit dürfen nicht davon abhängen, in welchem Viertel man lebt. Rechtsfreie Räume darf es in Berlin nicht geben. Alle Menschen in unserer Stadt haben das Recht auf ein Leben ohne Furcht vor Straftaten und Gewalt.

Unsere Polizei ist ein Garant für Sicherheit und Freiheit in Berlin. Angesichts der durch Terrorismus, Extremismus und zunehmende Clankriminalität gestiegenen Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit wollen wir nicht nur mehr Polizeibeamte einstellen, sondern diese auch technisch und rechtlich besser ausstatten. Neben dem Einsatz von Körperkameras (Body-Cams) und Elektroschock-Geräten (Taser) zum Eigenschutz der Polizeibeamten gehört für uns hierzu unter anderem auch eine Regelung zum so genannten „finalen Rettungsschuss“ im Berliner Polizeigesetz, dessen Anwendung aufgrund der gestiegenen Terrorgefahr immer wahrscheinlicher wird.

Das so genannte „Antidiskriminierungsgesetz“ wollen wir abschaffen, denn unsere Polizeikräfte verdienen Vertrauen, Rückhalt und Unterstützung für ihren wertvollen Dienst. Auch für den Einsatz von Videoschutz an

kriminalitätsbelasteten Orten sowie Waffen- und Messerverbotzonen an den gefährlichsten Orten Berlins werden wir uns weiterhin einsetzen.

Wir wollen einen Sozialstaat, der den Freiraum des Menschen zu seiner Selbstentfaltung wahrt und ihn dort schützt, wo er Schutz benötigt. All diejenigen, die nicht oder nicht vollständig für sich selbst und für ihre Familie sorgen können, sollen sich auf staatliche Unterstützung verlassen können. Aus der Notwendigkeit des sozialen Schutzes leitet sich ab, dass die Leistungen unserer Sozialpolitik zielgerichtet sind. Die Menschen sollen durch staatliche Hilfe die Chance erhalten, wieder zu Wohlstand zu gelangen, anstatt auf dauerhafte Hilfe angewiesen zu sein. Unser Leitbild ist ein Staat, der Chancen schafft. Unter dem Verständnis von sozialer Sicherheit bedeutet dies, Chancen und Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass jeder Mensch seinen Lebensentwurf verwirklichen kann.

Keine andere Partei in Deutschland ist dem Ziel des Erhalts bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze so sehr verpflichtet wie die CDU. Denn wir wissen: Mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr Wirtschaftswachstum, höhere Löhne, mehr Steuereinnahmen, mehr Sozialbeiträge, mehr Wohlstand für unser Land. Arbeit, von der man leben kann, ist eine Grundvoraussetzung für die soziale Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner. Darum ist das oberste Ziel unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen mit einem auskömmlichen Einkommen und gesicherten Arbeitnehmerrechten.

Wir wollen eine Chance auf Arbeit für jeden Menschen in Berlin. Denn Arbeit dient der Selbstverwirklichung des Einzelnen und schafft Lebensqualität. Unsere Anstrengungen der kommenden Jahre sind deshalb darauf gerichtet, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, um noch mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen. Subventionierte Dauerverhältnisse schaden unserer Gesellschaft und wirken sich negativ auf die Arbeitsmoral aus. Mit Langzeitarbeitslosigkeit finden wir uns nicht ab. Wir wollen deshalb die Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt deutlich verbessern. Eine solide Berufsausbildung ist ein wichtiger Baustein im Leben und für die Zukunft eines jeden Jugendlichen. Um beim Übergang von Schule in Ausbildung, Studium und Beruf zu helfen, sind die Jugendberufsagenturen eine wichtige Stütze. In unserer Stadt gibt es viele junge Menschen, die es schwer haben, ohne Hilfe und Unterstützung einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Die Verzahnung zwischen Schulende und Ausbildungsbeginn bzw. Eintritt in den Arbeitsmarkt ist die entscheidende Stelle, um Jugend- und damit Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Deswegen wollen wir die Jugendberufsagenturen personell und finanziell stärken und deren Angebot in jedem Bezirk ausbauen. Überdies sollen die Jugendberufsagenturen mehr in

den Schulen präventiv tätig werden. Das Land Berlin sollte darüber hinaus bezirkliche Jugendbündnisse initiieren, die diesen Prozess unterstützen und Informationsveranstaltungen zur Berufsorientierung in Oberschulen anbieten. Die Berufsorientierung, insbesondere auch an Gymnasien, soll über die vielfältigen Aufstiegs- und Karrierewege der beruflichen Bildung informieren. Außerdem wollen wir in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft praxisorientierte Wege finden, auch Jugendlichen ohne Schulabschluss einen Berufsweg zu ermöglichen.

NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz: Was tun gegen extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen?

Extremismus und Terrorismus werden auch in den nächsten Jahren eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben sein. Der bislang einzige islamistische Anschlag erfolgte in Berlin. In ganz Deutschland gab und gibt es ausländerfeindliche und antisemitische Anschläge. Rechtsextremisten und Reichsbürger verüben Anschläge und bringen dabei auch Polizisten und Politiker um.

a) Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz?

b) Welche Maßnahmen halten Sie im Kampf gegen Links-, Rechts- und islamistischen Terrorismus für besonders wichtig? Nennen Sie Bitte die für jeden Phänomenbereich drei wichtigsten Maßnahmen.

Antwort:

Wir als CDU treten jeder Form von Extremismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. So sehr sich Extremisten auch in ihren Zielsetzungen unterscheiden, so ähnlich sind sie sich in ihrem Hass auf unsere demokratische Gesellschaft und die sie tragenden Werte. Wir brauchen daher einen effizienten und einsatzfähigen Verfassungsschutz und personell und technisch gut aufgestellte Sicherheitsorgane. Zur Antiterrorausstattung für die Berliner Polizei müssen deshalb nicht nur durchschlagskräftige Schusswaffen und Schutzwesten gehören, die dem Beschuss durch Sturmgewehre standhalten. Sondern es sind auch gepanzerte Fahrzeuge in ausreichender Anzahl anzuschaffen, damit die Spezialkräfte der Berliner Polizei im Falle einer Terrorlage in der Lage sind, diese zu beenden.

Im Kampf gegen den Extremismus und Terror müssen unsere Sicherheitsbehörden immer einen Schritt voraus sein. Dazu gehört, dass Personen, die von den Sicherheitsbehörden als Gefährder eingestuft wurden, mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln stärker beobachtet

werden müssen. Wir halten an unseren Forderungen nach einer Quellen-TKÜ, elektronischen Fußfesseln, anlasslosen Personenkontrollen bei Terrorverdacht und der Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams fest. Außerdem brauchen wir für Gefährder aus der Islamistszene zügige und konsequente Abschiebungen sowie einen funktionierenden Gefährdergewahrsam.

Zudem setzt sich die CDU Berlin dafür ein, dass Anbieter von großen sozialen Netzwerken künftig verpflichtet werden, strafbare Inhalte, insbesondere Morddrohungen und Volksverhetzungen, an eine neu einzurichtende Zentralstelle des Bundeskriminalamtes zu melden, anstatt sie wie bisher nur zu löschen oder zu sperren. Eindeutig extremistische Inhalte und deren Urheber müssen erkannt, strafrechtlich relevante Inhalte effizienter bekämpft und Urheber verfolgt werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz sollte erweitert werden, um Betreiber von Plattformen stärker in die Pflicht zu nehmen, z.B. bei strafrechtlich relevanten Fällen proaktiv an die Strafverfolgungsbehörden heranzutreten. Auf Seiten mit strafbaren Inhalten sollte keine Werbung mehr geschaltet werden. Auskunftspflicht und Handlungspflichten von Betreibern müssen unabhängig vom Geschäftssitz gelten, wenn Plattformen in Deutschland genutzt werden können (Marktortprinzip).

Ähnlich zur bestehenden Rechtsextremismusdatei wollen wir darüber hinaus in einer gesonderten „Berliner Gefährderdatei“ linke Gewalttäter, die durch mehrfache oder schwerwiegende Angriffe gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute, andere Einsatzkräfte oder Unbeteiligte aufgefallen sind, erfassen. Die darin aufgeführten Linksextremisten sollen unter noch zu definierenden Voraussetzungen als Gefährder behandelt und z.B. mit Gefährderansprachen und den weiteren präventiven Maßnahmen des ASOG bis hin zum Unterbindungsgewahrsam belegt werden. Darüber hinaus soll sich Berlin mittels einer Bundesratsinitiative auf Bundesebene für die Errichtung einer Verbunddatei Linksextremismus einsetzen.

Auch Bildung ist ein wichtiger Baustein, um eine Mauer gegen extremistisches Gedankengut zu bauen. Bildung umfasst neben der Vermittlung von Fähigkeiten und Fachwissen auch die Herausbildung einer individuellen Persönlichkeit mit einem eigenen Wertefundament auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes und des Grundgesetzes. Gerade in einer Metropole wie Berlin mit seiner heterogenen Gesellschaft aus vielen Nationen und Religionen brauchen junge Menschen heute Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Deshalb fordert die CDU Berlin, dass der Religions- und Weltanschauungsunterricht seinen festen Platz in der Schule hat und ein Wahlpflichtfachbereich Religion/Ethik eingeführt wird. Hierzu muss konsequenterweise auch staatlich kontrollierter Islamunterricht gehören. Außerdem müssen die Schülerinnen und Schüler über den historischen

Nationalsozialismus, und über antisemitische und rassistische Denk- und Verhaltensmuster umfassend aufgeklärt werden. Wir fordern daher seit langem, dass für Schülerinnen und Schüler Besuche von authentischen Gedenkorten, welche an das Unrecht der NS-Diktatur erinnern, verpflichtend in die Lehrpläne aufgenommen werden. Darüber hinaus wollen wir für eine finanzielle Absicherung der vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit zu sorgen. Rassistischer und antisemitischer Alltagsdiskriminierung in den Bereichen Schule und Jugendsozialarbeit ist mit einem koordinierten Handeln von Schulen, Verwaltung und Politik entgegenzutreten. In Zusammenarbeit mit Polizei- und Justizbehörden sind Instrumente weiterzuentwickeln, die das Anzeige- und Meldeverfahren der Betroffenen verbessern.

Einzelfragen

Verfassungsschutz

a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Verfassungsschutzes?

b) Welche Maßnahmen zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?

Antwort:

Der Verfassungsschutz ist und bleibt für die CDU ein unverzichtbarer Baustein der Berliner Sicherheitsarchitektur im Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Extremismus. Angesichts seiner ansteigenden Bedeutung insbesondere mit Blick auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus muss der Berliner Verfassungsschutz weiter personell verstärkt werden. Nur so kann er dauerhaft seinem gesetzlichen Auftrag nachkommen, Gefahren für die freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder zu identifizieren, darüber zu informieren und Gegenmaßnahmen zu ermöglichen.

Die terroristischen Gefahren in Europa, Deutschland und Berlin nehmen zu. Waren es früher vor allem Organisationen und Personenzusammenschlüsse, von deren Seite eine Gefahr ausging, sind es heute zunehmend Einzelpersonen, die eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Es ist daher erforderlich, dem Berliner Verfassungsschutz frühzeitiger zu ermöglichen, solche Personen bereits im Vorfeld möglicher Gewalttaten zu beobachten.

Videüberwachung/Gesichtserkennung

a) Wo sehen Sie Defizite bei der Videüberwachung?

b) Setzen Sie sich für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein? Bitte begründen Sie ihre Antwort.

Antwort:

Die CDU setzt sich für mehr Videoschutz ein – nicht flächendeckend, sondern überall dort, wo er hilft. Denn punktueller Videoschutz an besonders kriminalitätsbelasteten Orten in unserer Stadt kann helfen, das Sicherheitsgefühl zu erhöhen, Straftaten vorzubeugen und diese besser und schneller aufzuklären. Laut Umfragen unterstützt auch die große Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner diese Forderung. Künstliche Intelligenz kann die Aufklärung von Verbrechen unterstützen und gleichzeitig den wichtigen Aspekten des Persönlichkeitsschutzes mehr Geltung verschaffen.

Strafvollzug

Was sind ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und von Maßnahmen zur Resozialisierung?

Antwort:

Für die CDU Berlin gehört ein rechtsstaatlicher Strafvollzug zu den unabdingbaren Voraussetzungen erfolgreicher Resozialisierung, die Rückfälle verhindern kann. Ein im Sinne der Resozialisierung effektiver und menschenwürdiger Strafvollzug kann unseres Erachtens am besten durch eine bessere Betreuung, also durch mehr Personal, erreicht werden. Mit einem Sonderbauprogramm „Justiz“ wollen wir den Sanierungsstau in den Justizvollzugsanstalten abbauen und damit neue Hafträume schaffen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts genügen.

Darüber hinaus wollen wir die Beschäftigungsprogramme und solche zur Erreichung eines Schul- und/oder Berufsabschlusses ausbauen und über die Einrichtung eines Belohnungsprogramms Bemühungen der Gefangenen honorieren oder ggf. fehlende Beteiligung sanktionieren.

Obdachlosigkeit

Würden Sie, ausgehend von den Erfahrungen der Coronavirus-Pandemie, etwas am Housing-First-Programm des Senats verändern?

Antwort:

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich auch daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Unterstützungsangebot für Wohnungs- und Obdachlose in Berlin auskömmlich zu finanzieren. Gleichzeitig gilt für uns der Grundsatz: Wir müssen verstärkt die Ursachen für Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht primär die Symptome.

Die CDU steht hinter dem Ansatz von „Housing First“, wonach Wohnungs- und Obdachlosen erst eine Wohnung gestellt werden muss, bevor andere gesundheitlich, psychische, soziale und finanzielle Probleme gelöst werden können. Unter dem rot-rot-grünen Berliner Senat hat sich die Wohnungsnot in Berlin seit 2016 verstärkt. Darunter leiden nicht nur die Gering- und Normalverdiener in unserer Stadt, sondern auch obdachlose Menschen. Denn zur Umsetzung des „Housing First“-Programms fehlt in Berlin vor allem der nötige Wohnraum. Die CDU Berlin fordert deshalb bereits seit langem: Wir müssen mehr, schneller und kostengünstiger Wohnungen bauen. Hierbei darf es keine Scheinlösungen wie Mietendeckel und Enteignungen geben, denn dadurch entsteht nicht eine einzige neue Wohnung.

Vor allem für benachteiligte Personengruppen wollen wir einen besseren Zugang zu Wohnraum gewährleisten. Für Frauen und Familien unterstützen wir spezielle Angebote und Unterbringungen und wollen das Hilfesystem an dieser Stelle zielgerichtet weiterentwickeln.

Die während der Corona-Pandemie eingerichteten temporären 24/7-Unterkünfte für Obdachlose wollen wir vom Modell her dauerhaft sichern, um Menschen von der Straße während des gesamten Jahres einen sicheren Schlafplatz und Schutzraum zu bieten.

Auch jene Menschen, die Unterbringungsangebote nicht annehmen wollen, wollen wir unterstützen: Deswegen setzen wir uns beispielsweise dafür ein, das Angebot der Tee- und Wärmestuben sowie das Modellprojekt „Badezimmer auf Rädern“, bei dem Wohnungslose einen mobilen Zugang zu Waschmöglichkeiten erhalten, auskömmlich zu finanzieren.

Ehrenamtliches Engagement im Bereich der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe wollen wir finanziell stärken und zum Beispiel durch Sprachkurse oder Erste-Hilfe-Kurse für Ehrenamtliche unterstützen.

Freiwilliges Engagement

Im Dezember 2020 wurde die Berliner Engagementstrategie 2020-2025 mit hundert Handlungsempfehlungen beschlossen.

a) Wie wollen Sie die Berliner Engagementstrategie umsetzen?

b) Welches sind die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen?

Antwort:

Das Ehrenamt ist für die CDU Berlin ein Herzensanliegen. Unzählige Berlinerinnen und Berliner engagieren sich in den verschiedensten Bereichen ehrenamtlich. Durch ihren unermüdlichen Einsatz tragen sie wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt bei – auch zwischen Jung und Alt. Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger wäre vieles in unserer Stadt nicht möglich. Deshalb werden wir auch weiterhin für mehr öffentliche Anerkennung und Wertschätzung der Ehrenamtlichen in Berlin eintreten. Wir wollen eine Kultur des Respekts und der Aufmerksamkeit für alle erreichen, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Und wir wollen, dass sich mehr Menschen zu Engagement in Vereinen und Organisationen bereitfinden. Unser Ziel ist es, auf Augenhöhe mit den zahlreichen Freiwilligen das Ehrenamt in unserer Stadt weiter zu stärken.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit

Wir wollen die von uns 2015 eingeführte Ehrenamtskarte so weiterentwickeln, dass die ehrenamtlich Engagierten auch den Nahverkehr zu vergünstigten Konditionen, am besten sogar kostenlos, nutzen können. Denn das wäre nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung, sondern zugleich Ausdruck der Erkenntnis, dass ehrenamtliche Arbeit heute nicht mehr nur in der Nähe des eigenen Kiezes geleistet wird.

Zur Unterstützung und Stärkung ehrenamtlicher Arbeit setzt sich die CDU Berlin darüber hinaus dafür ein, einen Ehrenamtsfonds für Veranstaltungs- und Materialausgaben einzurichten und diesen mittels eines eigenen Titels im Haushaltsplan von Berlin zu verstetigen.

Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit

Wir wollen die Ehrenamtskarte weiterentwickeln. So soll die Ehrenamtskarte beispielsweise durch die Ausgabe einer Urkunde sowie einer Anstecknadel mit Jahreszahl ergänzt werden. Außerdem sollen Inhaber der Ehrenamtskarte vergünstigte Konditionen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erhalten.

Als neue Form der Auszeichnung wollen wir einen Berliner Ehrenamtspreis für besonders verdiente Engagierte ins Leben rufen und verstetigen. Die jährliche Auslobung und Verleihung eines Ehrenamtspreises würde die Wertschätzung

für Engagierte weiter stärken und vor allem das Bürgerschaftliche Engagement sichtbar in den Fokus der Stadtgesellschaft rücken. Über den Erhalt einer monetären Prämie hinaus soll die Verleihung des Ehrenamtspreises den Organisationen als eine öffentliche Bühne zur Vorstellung ihrer Projekte dienen und am jährlich stattfindenden Aktionstag „Berlin sagt danke“ stattfinden.

Öffentliche Anerkennung stärken

Wir wollen in Berlin die Auszeichnung „Ehrenamtlerin bzw. Ehrenamtler des Monats“ einführen, um verdienstvolle Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Berliner Ehrenamtsbereichen zu ehren und ihre Verdienste in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ziel ist es, damit das Ehrenamt im Land Berlin weiter zu stärken, Einzelpersonen auf Grund ihrer Verdienste für die Allgemeinheit öffentlich vorzustellen sowie die Vielfalt und Lebendigkeit ehrenamtlicher Tätigkeit in ihrer ganzen Breite den Berlinerinnen und Berlinern nahe zu bringen.

Digitalisierung

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat im Laufe dieser Legislaturperiode das Thema Digitalisierung und Ehrenamt sehr häufig im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Anträgen, Besprechungspunkten und Fragestellungen aufgegriffen, da die Senatspolitik diesem Anliegen nicht die ihr zustehende Aufmerksamkeit widmete. Die Forderungen und Vorschläge gingen dabei von einer flächendeckenden Ausstattung mit technischen Geräten sowie deren Instandhaltung und Finanzierung bis hin zur Verfügungstellung freier Lizenzen und der Unterstützung bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung. Besonderen Raum nahmen auch Weiterbildungsangebote und Unterstützungsleistungen bei der digitalen Kommunikation ein. Ein besonderer Schwerpunkt war dabei der Aufbau von Datenbanken. Da ehrenamtliches Engagement oft nicht nur auf langfristiger Basis stattfindet, sondern zunehmend durch Kurzzeit-Engagements freiwilliger Helferinnen und Helfer insbesondere bei Großveranstaltungen im Sport- und Kulturbereich ergänzt wird, wollen wir eine landesweite „Volunteer-Datenbank“ einrichten, in der sich Interessierte informieren und als freiwillige Helferinnen und Helfer registrieren lassen können.

Insbesondere die in diesem Diskussionsprozess gewonnenen Ideen und Vorschläge sind nunmehr in die Handlungsempfehlungen des Senats unter „Chancen der digitalen Transformation nutzen“ eingeflossen. Hiermit verbinden wir die Hoffnung, dass nun schnellstens eine Umsetzung erfolgt. Dabei gilt es auch internetferne Zielgruppen besser zu erreichen durch barrierefreien Zugang, gezielte Praxisanleitung und bessere Nutzerfreundlichkeit.

Vernetzung Haupt - und Ehrenamt, finanzielle Sicherung, Bürokratieentlastung

Neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt zu einem höchst relevanten Thema im Arbeitsleben geworden, denn fast ein Drittel aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger nehmen in der einen oder anderen Form ein Ehrenamt wahr. Deswegen wollen wir in den Berliner Verwaltungen einheitliche Regelungen zum Umgang mit Beschäftigten, die ein Ehrenamt wahrnehmen, herstellen. Dazu sollen unter Mitwirkung der Mitbestimmungsgremien Vorschläge entwickelt werden, mit denen in allen Berliner Verwaltungen vergleichbare Rahmenbedingungen für Beschäftigte, die ein Ehrenamt wahrnehmen, implementiert werden können.

Ziel der CDU Berlin ist es auch, ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie zu entlasten und durch Beratungsangebote zu unterstützen. Die Einrichtung eines „Forums des Ehrenamts“ als zentrale Anlaufstelle für das bürgerschaftliche Engagement sowie eines „Beirats Ehrenamtsförderung“ in allen Senatsverwaltungen oder die Einsetzung einer/s Beauftragten für das bürgerschaftliche Engagement in Berlin könnte dazu beitragen.

Demokratie und demokratische Verfahren

Oft wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Verfahren gesprochen. Teilen Sie diese Ansicht? Wenn ja: Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Antwort:

Für uns ist die Demokratie die beste Regierungsform, die wir kennen. Unsere Demokratie lebt davon, dass jeder von uns seine Meinung einbringen kann und sie nutzt. In Zeiten wie diesen, in denen wir uns mit Extremismus von rechts und links sowie auch religiöser Art auseinandersetzen müssen, ist es wichtiger denn je, auf die Bedeutung von Demokratie und ihren Grundsätzen hinzuweisen und diese zu fördern, wo immer es geht. Bildung ist dabei ein wichtiger Baustein. Gleichzeitig ist es unser Ziel als Berliner Christdemokraten, unsere Demokratie gegen ihre Feinde und Bedrohungen zu schützen.

Wir wollen mehr Menschen aus allen Alters- und Bevölkerungsschichten für Politik begeistern und so die Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stärken. Die CDU hat in ihren Programmen und Beschlüssen seit jeher die Auffassung vertreten, dass es nur einer aktiven demokratisch orientierten Bürgergesellschaft gelingen kann, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt miteinander nachhaltig zu verbinden. Unser erklärtes Ziel ist es daher, Subsidiarität und Eigenverantwortung zu stärken orientiert an den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wollen dabei

möglichst viele Menschen aller Generationen ungeachtet ihrer sozialen, ethnischen Herkunft und religiösen Bindung in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen sowie Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog sichern.

Um Menschen zu erreichen, die aus unterschiedlichen Gründen nur schwer Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement finden, setzt sich die CDU insbesondere dafür ein, dass für diese Zielgruppen die Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort stärker ausgestaltet werden. Eine lebendige Stadtteilpolitik eröffnet am ehesten Identifikationsbezüge zum unmittelbaren Mitgestalten des Wohnumfeldes, zu einer gelungenen Nachbarschaft und zu Hilfgemeinschaften zwischen Jung und Alt. Das gilt insbesondere auch für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Eine besondere Berliner Erfolgsgeschichte sind hierbei die Stadtteilmütter. Außerdem wollen wir, dass sich mehr Migrantinnen und Migranten in Parteien engagieren und auch bereit sind, politische Mandate und Funktionen zu übernehmen.

Bürgerbeteiligung muss ihren Namen verdienen. Sie ist für uns ein selbstverständlicher Teil der politischen Entscheidungsvorbereitung. Anstelle ausschweifender, kosten- und zeitintensiver Beschäftigungstherapie wollen wir Beteiligungsformate schaffen, deren Zeitrahmen und Entscheidungsspielräume klar definiert ist. Es muss aber jedem Beteiligten von vornherein klar sein, wer wann worüber entscheidet und welche konkreten Fragestellungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung geklärt werden sollen. Nichts schadet der Akzeptanz eines Vorhabens mehr als lediglich vorgeschobene Partizipation.

Auf übergeordneter Ebene wollen wir ein Berlin-Forum etablieren, das als gemeinsames Gremium von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung auf Augenhöhe mit den politischen Entscheidungsträgern die wichtigen Richtungsentscheidungen der Berliner Stadtentwicklung vorbereitet.